für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

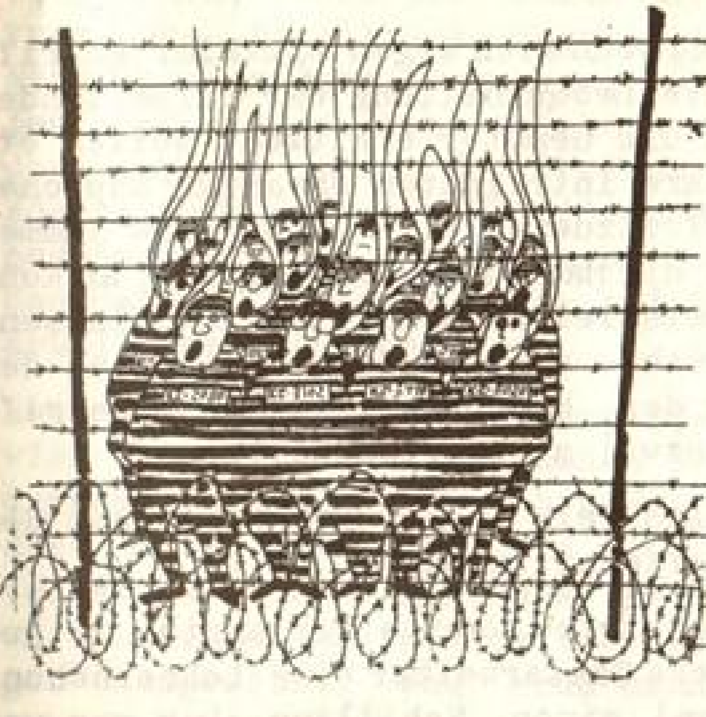
Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Zucht und Ordnung



Jedermann weiß, daß sich die in Österreich lebenden Menschen in zwei Kategorien gliedern, und zwar a) in Herrenmenschen und b) in Untermenschen. Ein Mensch der Kategorie a ist im allgemeinen blond (wie Hitler), schlank (wie ein bekannter Schwechater Bierbrauer) und ehrlich (wie ein österreichischer Minister). Ein Lebewesen der Kategorie b, auch Arbeiter genannt, ist hingegen meist unbestimmbarer Herkunft, lebt auf Kosten des Unternehmers (Brötchengebers) und neigt zu Faulheit und Aufruhr, weshalb ihn bisweilen bessere Menschen, wie Richter und Staatsanwälte, mittels Gesetzeskraft zu Recht und Ordnung anhalten müssen. Ein Exemplar der Kategorie b ohne österreichische Staatsbürgerschaft wiederum hat womöglich noch ausgeprägtere negative Eigenschaften und wird deshalb Tschusch genannt. Soweit der völkisch-soziale Hintergrund unserer Geschichte.

Nun aber kommen wir zum konkreten Fall. Herr Ingenieur Karl Albert, die Hauptperson, ist zweifellos ein Herrenmensch, und als solcher holt er sich seine Brötchen nicht durch eigner Hände Arbeit, sondern mit kühner Unternehmerinitiative: Er vermietet in Wien-Liesing Gastarbeiterquartiere. Herr Albert ist 60 Jahre alt, das heißt, er gehört jener Generation an, die das unverschämte Glück hatte, ein ganzes Tausendjähriges Reich lang lernen zu dürfen, wie man mit Untermenschen umgeht. Und Herr Albert hat den Lehrstoff gut behalten, er weiß, daß Richter und Staatsanwälte nicht genügen, um den Tschuschen Zucht und Ordnung beizubringen. Deshalb führte er jeden Abend in den vermieteten Räumen Kontrollgänge durch; selbstverständlich mit geladener Pistole! „Ich muß", erklärte er, „stets bewaffnet sein, weil Gastarbeiter gefährlicher als Österreicher sind". So kam es, wie es kommen mußte. Als eines Abends der 33jährige Obraa Bosancic aufbegehrte, weil er es satt hatte, wie im KZ zu leben, da schoß Albert sofort in „Notwehr". Der Jugoslawe wurde schwer verletzt.

Dieser Schuß fiel übrigens bereits am 9. Juli 1972, aber erst ein Dreivierteljahr später, im März 1973, fand er anläßlich der Gerichtsverhandlung ein Echo in der Tagespresse. Allerdings auch nur ein verdammt schwaches Echo, ein paar Zeilen im Inneren des Blattes nämlich, schlauerweise ohne jeden Kommentar. Was uns umso anrüchiger vorkommt, als die sonst so kommentierfreudigen Reporter doch jeden entlaufenen Hund und aus dem Nest gefallenen Vogel menschlich betrachten. Aber a angschossener Jugoslaw? Nur net anditschen, nur ka hüb(l)sche Gschicht draus machen. Denn ein Jugoslawe ist nur dann interessant, wenn er 1. ein politischer Flüchtling (möglichst ehemaliger Ustascha-Faschist) und 2. ein in bezug auf die österreichischen Massenmedien einflußreicher Mann ist. Erst diese Eigenschaften machen aus einem Jugoslawen das rechte Wundertier, und offenbar nur ein solches hat die Chance, von bürgerlichen Reportern menschlich betrachtet zu werden. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 73 · April 1973



Die Kundgebung der Marxisten-Leninisten findet am 1. Mai 1973 um 12.30 Uhr am Burgring statt (vor dem Maria-Theresia-Platz, gegenüber dem Burgtor)

Heraus zum roten 1. Mai!

Arbeiter!

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten des täglichen Lebens und auf der ganzen Welt eine Geißel der Menschheit ist. Ihre Grundlage ist die Ausbeutung und Unterdrückung der produktiven Menschen. Ihre Macht stützt sich auf Militär, Gestapo, Polizei und Bürokratismus. Das Märchen von Freiheit und Demokratie bleibt nur solange aufrecht, als sich das arbeitende Volk belügen, betrügen und ausbeuten läßt. Ist das nicht mehr der Fall, wird zur faschistischen Gewalt gegriffen.

Um des kapitalistischen Profits willen sollen die Völker in imperialistischen Kriegen verbluten, droht die Welt im eigenen Dreck zu ersticken. Dazu sind wir aber nicht da. Unser Schicksal können wir anders formen. Dazu brauchen wir arbeitenden Menschen aber die Entscheidungsgewalt. Wir brauchen die Macht des werktätigen Volkes.

Die weltgeschichtliche Niederlage des US-Imperialismus in Indochina beweist die unüberwindliche Kraft der Volksmassen. Sie ist nicht nur ein Sieg der heldenhaften Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha, sie ist auch ein Sieg aller Völker der Welt. Die großartige Demonstration von weit mehr als zehntausend österreichischen Antiimperialisten verschiedener weltanschaulicher Richtungen am 19. Jänner 1973 zeigte das erhöhte politische Bewußtsein der fortschrittlichen Kräfte unseres Landes. Sie wissen, daß wir unsere eigene Unabhängigkeit nur dann wirksam verteidigen können, wenn wir mit den unterdrückten Völkern der Welt, die gegen den Imperialismus kämpfen, solidarisch sind. Jetzt gilt es, die USA zur Einhaltung des Friedensabkommens zu zwingen. Sie müssen ihre Unterstützung für die Saigoner Faschistenclique aufgeben, ihre Bombenangriffe auf Kambodscha und Laos einstellen, ihre Stützpunkte in Thailand, auf Taiwan usw. räumen und aus ganz Asien, aus allen fremden Ländern ihre Truppen abziehen! Und es gilt zugleich zu verhindern, daß die andere Supermacht, die mit verlogenen "sozialistischen" Phrasen die gleiche imperialistische Raubpolitik verfolgt, den Platz der geschlagenen US-Aggressoren einnimmt. Und auch angesichts der verstärkten Aggressivität der beiden Supermächte im Nahen Osten, wo sie zur Unterdrückung der dort lebenden Völker zusammenarbeiten und zugleich um Erdölreichtümer und strategische Stützpunkte miteinander rivalisieren, müssen wir unsere Wachsamkeit erhöhen und dem palästinensischen Volk sowie allen arabischen Völkern in ihrem nationalen Unabhängigkeitskampf helfen. Kurz: Verstärken wir unsere Kampfsolidarität mit den Völkern der "Dritten Welt"!

Dieser weltweite Kampf gegen die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, dient auch unseren ureigensten Lebensinteressen. Die beiden Supermächte wenden gegenwärtig ihr Augenmerk Europa besonders zu. Nixon hat nach seiner Niederlage in Südostasien das Jahr 1973 zum "europäischen Jahr" für die USA proklamiert. Breschnjew betrachtet die Zementierung und den Ausbau des Einflusses der neuen Zaren in Europa als vordringliche Aufgabe. Das ganze Gerede von einer "Entspannung" in Europa ist also ein Betrug an den Volksmassen. Hinter den Kulissen des Konferenz-Theaters in Helsinki und in Wien ziehen die beiden Supermächte die Drähte. Unter "europäischer Sicherheit" verstehen sie bloß die Sicherung ihrer eigenen imperialistischen Vorherrschaft. Ihr Wettkampf um Einflußsphären in Europa bringt unserem in zwei Weltkriegen schwergeprüften Kontinent nicht etwa den Frieden, sondern trägt umgekehrt den Keim eines neuen Weltkriegs in sich.

Die Sicherheit Europas kann nur gewährleistet sein, wenn sämtliche Truppen der beiden Supermächte abgezogen, die amerikanischen und russischen Militärstützpunkte geräumt und die beiden Militärblöcke, NATO und Warschauer Pakt, aufgelöst werden.

Die Kaufkraft des Schillings schrumpft in zunehmendem Tempo. Die schleichende Inflation (=Geldentwertung) wird zu einer galoppierenden. Im Februar betrug der offizielle Anstieg der Lebenshaltungskosten bereits mehr als acht Prozent!

Es kam bereits zu verschiedentlichen Aktionen in den Betrieben, wo die Belegschaft durch ihren Kampf Teilerfolge erringen konnte. "Preisüberwachung" durch die kapitalistischen Machthaber erweist sich für jedermann als ein aufgelegter Schwindel.

So wie die Unternehmer die Preise erhöhen, haben auch die Arbeiter – unter Ausnutzung der Konjunktur, des Mangels an Arbeitskräften – den Preis für die eintige Ware zu erhöhen, über die sie verfügen und die sie den Unternehmern verkaufen müssen, nämlich den Preis für die Ware Arbeitskraft, also den Lohn. Nicht auf eine "neue Lohnrunde" warten, die von den ÖGB-Bonzen mit den Unternehmern dann ausgepackelt wird, wenn die zuletzt vereinbarten Löhne ihre Kaufkraft längst verloren haben. Sich nicht auf die ÖGB-Bonzen verlassen, die als Besitzer einer der größten Banken Österreichs, der BAWAG, die gleichen Interessen haben wie die Unternehmer und daher mit ihnen am gleichen Strang ziehen! Sondern auf die eigene Kraft vertrauen, zur Selbsthilfe greifen und durch Streikkämpfe – wenn es sein muß, ohne und gegen die Bonzen – die berechtigten Lohnforderungen durchsetzen. Die gigantischen Kämpfe unserer Klassenbrüder im Süden, Westen und Norden Europas (Italien, England, Frankreich, Dänemark usw.) zeigen, daß die Arbeiter durch ihren einheitlichen und hartnäckigen Kampf die Anschläge des Kapitals weitgehend abwehren können!

Androsch und seinesgleichen behaupten, die galoppierende Schwindsucht des Schillings sei hauptsächlich Schuld der internationalen Währungskrise (und nicht der österreichischen Kapitalisten). In Wirklichkeit ist die sich immer mehr verschärfende Währungskrise der kapitalistischen Welt nichts anderes als ein Ausdruck der Krise des ganzen kapitalistischen Systems.

"Arbeitszeitverkürzung" heißt offiziell die Tatsache, daß die Freizeit infolge Überstunden und Pfusch immer kürzer wird. Nur dadurch und durch die Mitarbeit der Frau – jedoch auf Kosten der Gesundheit – ist der sogenannte "Wohlstand" möglich. "Sozialer Wohnbau" ist die Tarnkappe für Höchstpreise bei der Wohnungssuche und Mieten in schwindelnder Höhe, egal ob bei der Gemeinde oder privat. "Sozialpartnerschaft" und "Mitbestimmung" sollen den Klassengegensatz verwischen. "Lohnsteuerreform" sagt man, der Steuerdruck auf die Werktätigen verschärft sich aber immer mehr.

Es ist kein Ausweg, wenn wir bei "Wahlen" der jeweils regierenden Partei der Bourgeoisie einen "Denkzettel" geben, indem wir eine "oppositionelle" Partei wählen. Ob SPÖ, ÖVP, FPÖ, ob "K"PÖ – sie alle stehen ausdrücklich auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, die den Ausbeutern erlaubt, mit den arbeitenden Menschen Schindluder zu treiben. In dieser Beziehung ist für die Arbeiterschaft besonders die Heuchelei der "K"PÖ-Führer gefährlich. Sie beweisen ihren Verrat an den Arbeiterinteressen am deutlichsten dort, wo sie die Betriebsratmehrheit haben, aber jeden Kampf der Arbeiter verhindern.

Letzten Endes können sich die arbeitenden Menschen vom ständigen Betrug seitens der Machthaber, von den ständigen Angriffen auf ihre Lebenshaltung nur dadurch befreien, daß sie sich vom ganzen System der Lohnsklaverei befreien, d. h. die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen und die Volksmacht errichten.

Volksmacht heißt, daß die Staatsgewalt nicht mehr der kleinen Minderheit von kapitalistischen Ausbeutern dient, sondern der riesigen Mehrheit von Arbeitern, Angestellten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und werktätigen Intellektuellen.

Volksmacht heißt daher, daß der Machtapparat des kapitalistischen Staates (Bundesheer, Polizei, Gendarmerie usw.) zerschlagen und eine umfassende Volksmiliz gebildet wird, die in den Betrieben bzw. Dorfgemeinden ihre Ausgangs- und Stützpunkte hat und die Sicherheit der Bevölkerung im Inneren sowie die Unabhängigkeit der Nation nach außen schützt.

Volksmacht heißt ferner, daß an die Stelle eines Schwindelparlaments, das nicht die Interessen der Arbeitenden vertritt und in Wirklichkeit überhaupt nichts zu entscheiden hat (denn im kapitalistischen Staat entscheiden die mächtigsten Monopole mit Hilfe der unabsetzbaren hohen Bürokratie), eine echte Volksvertretung nach der Art der Pariser Kommune tritt: Die arbeitenden Menschen stimmen nicht über von Parteisekretariaten zusammengestoppelte Listen ab, sondern sie wählen in geheimer Wahl Vertrauenspersonen aus ihrer Mitte; gesetzgebende und vollziehende Gewalt sind vereint, d. h. die gewählten Abgeordneten sind auch für die Durchführung der Gesetze unmittelbar verantwortlich; die Abgeordneten stehen unter ständiger Kontrolle ihrer Wähler, denen sie regelmäßig Rechenschaft ablegen müssen und von denen sie auch vorzeitig abberufen werden können, falls sie das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigen; die Abgeordneten genießen keine Politikerprivilegien, sondern beziehen den gleichen Arbeitslohn wie vor ihrer Wahl.

Volksmacht bedeutet schließlich Sozialismus: sämtliche privat- und staatskapitalistische Unternehmungen gehen in das Eigentum des ganzen Volkes über und werden von der Volksvertretung (im Kommunal-, Bezirks-, Landes- oder Bundesmaßstab) verwaltet; Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden sowie den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land wird ein allmählicher Übergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise auf einer streng freiwilligen Grundlage ermöglicht und erleichtert.

Für eine solche Volksmacht treten wir ein. Um dazu zu kommen, bedarf es eines radikalen Umsturzes der Gesellschaftsordnung, eben der sozialistischen Revolution. Und eine solche Revolution, die tatsächlich mehr als 95 Prozent der Bevölkerung ein für allemal von Ausbeutung und Not befreien wird, kann nur siegreich sein, wenn sich die Arbeiter das entsprechende politische Instrument geschaffen haben, nämlich ihre eigene revolutionäre Klassenpartei!

Deshalb bereitet die VRA (ML) durch ihre ganze Tätigkeit die Schaffung einer marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiterpartei vor, unter deren Führung die Arbeiterklasse und alle Werktätigen Österreichs ihre Volksmacht erkämpfen werden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Volksmassen, vereinigt euch!

Für die sozialistische Revolution in Österreich!

Die Kundgebung der Marxisten-Leninisten findet am 1. Mai 1973 um 12.30 Uhr am Burgring statt (vor dem Maria-Theresia-Denkmal, gegenüber dem Burgtor).

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Heraus zum roten 1. Mai!

Das heurige Jahr begann mit einem Ereignis von wahrhaft weltgeschichtlicher Bedeutung: Der angeblich "allmächtige" amerikanische Imperialismus hat seine entscheidende Niederlage im Aggressionskrieg gegen die Völker Indochinas erlitten. Er mußte diese Niederlage öffentlich und offiziell eingestehen. Er hat sie im Pariser "Vertrag über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" unterschrieben und besiegelt. Das ist ein ganz gewaltiger Sieg im unerhört langwierigen und opferreichen Volkskrieg gegen die US-Aggressoren. Der triumphale Sieg des heldenhaften vietnamesischen Volkes beweist, daß ein kleines und armes Volk eine reiche imperialistische Großmacht besiegen kann, wenn es auf die eigene Kraft vertraut und einig im Kampf ausharrt. Und ebenso kann auch die arbeitende Bevölkerung Österreichs ihre "großmächtigen" privaten und staatlichen Monopolkapitalisten besiegen, wenn sie sich unter revolutionärer Führung eng zusammenschließt und einen beharrlichen Kampf bis zum endgültigen Sieg führt.

Aber: Den Sieg kann man nur im Kampf erringen, und dieser Kampf ist umso notwendiger, als die Niederlage des US-Imperialismus in Südostasien für uns in Europa und speziell in Österreich auch neue Gefahren mit sich gebracht hat. Der neue Zarismus der revisionistischen Kreml-Herren hat die Schwäche seines amerikanischen Kompagnons und Konkurrenten ausgenützt, um mit "sozialistischen" Schlagwörtern seine imperialistischen Weltherrschaftsansprüche (Sozialimperialismus heißt eben nach Lenin Sozialismus nach Worten und Imperialismus in der Tat!) voranzutreiben. Er will nicht nur in Asien, sondern – vor allem! – auch in Europa in die Fußstapfen des US- bzw. Hitler-Imperialismus treten. Um sich für einen konterrevolutionären Aggressionskrieg gegen die sozialistische Volksrepublik China den Rücken zu sichern, will sich der Sozialimperialismus ganz Europa direkt unterwerfen oder indirekt botmäßig machen. Das bedeutet letzten Endes die Gefahr eines dritten Weltkrieges, in welchen die herrschende Klasse Österreichs unser Land und unser Volk hineinzuziehen droht, indem sie einmal "Vortrupp des Westens" gegen den Osten, dann Diener zweier Herrn (des amerikanischen und des russischen Imperialismus), jetzt aber immer mehr Agenten der neuen Zaren im Kreml spielt.

Und weiter: Die Niederlage des US-Imperialismus und der welthistorische Sieg des vietnamesischen Volkes hat das Selbstbewußtsein und die Kampfkraft aller Völker der "Dritten Welt", der sogenannten "Entwicklungsländer", ungemein gesteigert. Sie wollen nicht vom Imperialismus und seinen Helfershelfern in den "entwickelten" kapitalistischen Ländern ausgeplündert werden. Sie dulden es nicht länger, daß sie im ungleichen Austausch ihrer Rohstoffe und Agrarerzeugnisse gegen Industrieprodukte zehn bis zwanzig Arbeitsstunden gegen eine Arbeitsstunde der Industriearbeiter des Westens herzugeben haben. Deshalb steigern sie ihren Anteil an der Erdölproduktion, erhöhen sie die Preise für Kupfer, Kaffee und andere Rohstoffe, erweitern sie die Grenzen ihrer Territorialgewässer, in denen sie Fische und andere Meeresprodukte gewinnen. Die Monopolkapitalisten des "Westens" und die Sozialimperialisten des "Ostens" sind immer weniger in der Lage, diese überaus bedeutsame Vorwärtsentwicklung der Weltwirtschaft im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Menschheit aufzuhalten. Was machen sie da? Sie überwälzen die Lasten dieser ökonomischen Entwicklung auf die arbeitenden Menschen in den "entwikkelten" Industrieländern. Das dürfen wir uns jedoch auf keinen Fall gefallen lassen!

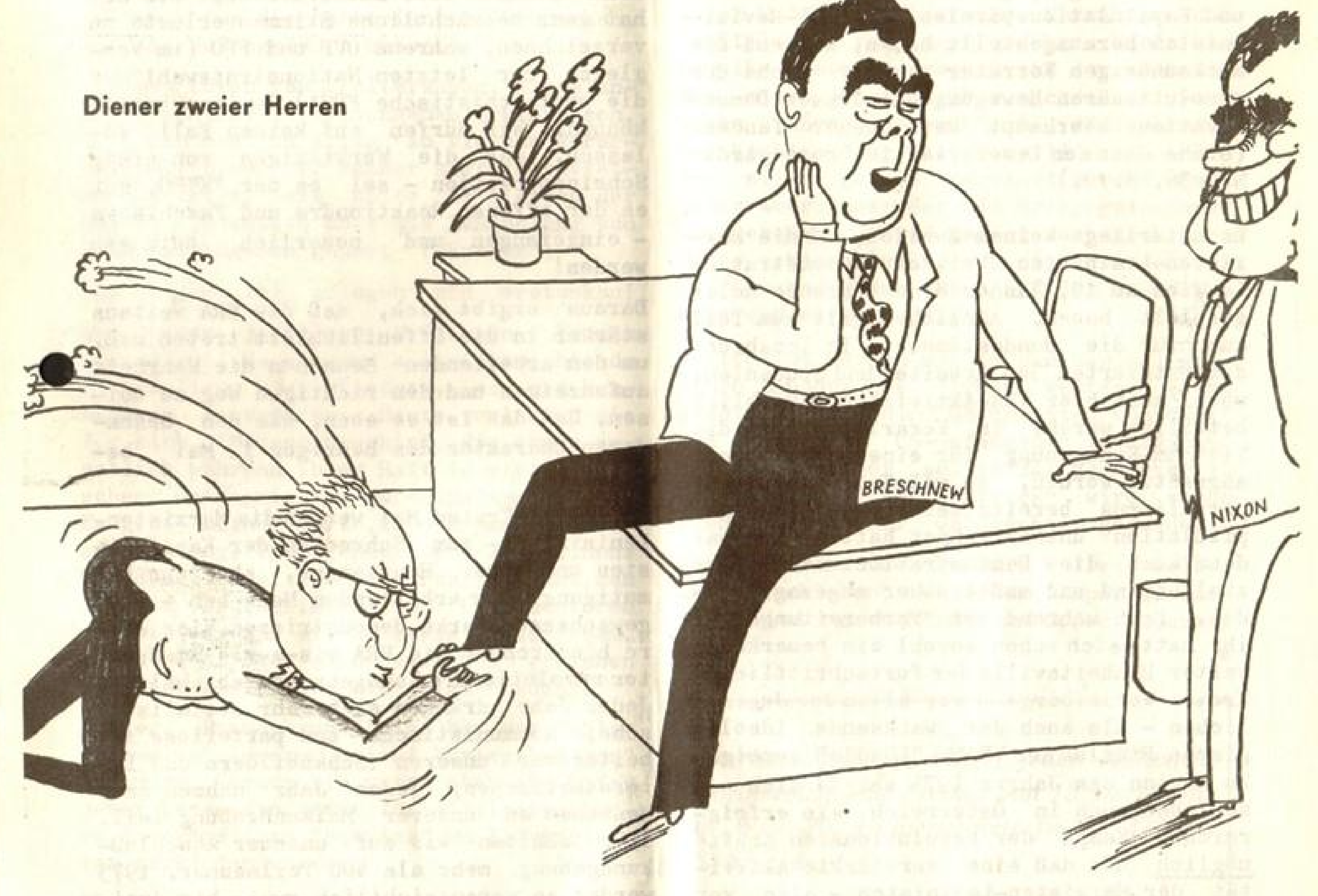
Und noch eins: Die weltgeschichtliche Niederlage des US-Imperialismus in seinem abenteuerlichen Krieg in Asien hat zu einer katastrophalen Dollarinflation geführt. Vor 25 Jahren besaßen die USA zwei Drittel aller Goldvorräte der kapitalistischen Welt. Jetzt betragen ihre Goldvorräte nicht einmal ein Fünftel ihrer Auslandsverbindlichkeiten! Sie haben die Austauschbarkeit von Dollars gegen Gold (d.h. gegen das Edelmetall, das als realer – weil durch gesellschaftlich-notwendige Arbeit hervorgebrachter – Materialwert ein weltweites Austauschmittel gegen andere Waren war und dem Wesen nach auch sein muß!) aufgehoben. Sie haben allein den europäischen Finanzmarkt mit 6o-8o Milliarden Papierdollar, die zu einem unwirklichen Zwangskurs gegen europäische Währungen umgewechselt wurden, überschwemmt und damit diese Währungen unterhöhlt. Die Folge davon ist, daß die österreichischen Kapitalisten und ihre SP-Regierung einen "Mittelkurs" des Schilling anpeilen. Dieser bedeutet einerseits Verteuerung der Einfuhrwaren, andererseits Erschwerung der österreichischen Exporte. Welche Schlußfolgerung zieht daraus die herrschende Klasse? Die Preise für die eingeführten Waren werden noch mehr erhöht, und die Löhne der österreichischen Arbeiter werden noch strenger niedergehalten; denn für rasante Inflation sei eben die Weltinflation, vor allem der kranke Dollar verantwortlich, und die Vollbeschäftigung könne nur durch Eindämmung der Lohnkosten (um auf den Exportmärkten konkurrenzfähig zu sein) aufrechterhalten werden. So sollen die durch die Dollarkrise entstandenen Schwierigkeiten auf die Schultern der werktätigen Massen Österreichs überwälzt werden, damit "unsere" privaten und bürokratischen Monopolkapitalisten ungeschmälerte Profite einheimsen können! Folglich ist heute der entscheidende Kampf gegen die Anschläge des Kapitals aussichtsreicher und zugleich notwendiger denn je!



Der Zusammenhang zwischen der durch den grandiosen Sieg des vietnamesischen Volkes klar ersichtlichen günstigen Lage für die revolutionäre Entwicklung im Weltmaßstab und unserer österreichischen Situation zeigte sich so deutlich wie noch nie in der großartigen Vietnam-Demonstration vom 19. Jänner.

Was waren die charakteristischen Merkmale dieser Demonstration? Sie war erstens die größte Demonstration ihrer Art, die seit vielen Jahren in Österreich stattgefunden

Diener zweier Herren



„Das ist es, was ich an diesem Kreisky so schätze: Er weiß, was sich gehört!"

hat. (Siehe unsere Analyse in "Für die Volksmacht" Nr. 71, S. 12-13) In Wien allein demonstrierten 8.000 bis 10.000 Personen, die durch ein dichtes Spalier marschierten, das eine zustimmende Haltung bekundete und aus dem die Demonstranten dauernd Zuzug erhielten. Sie war zweitens die breiteste antiimperialistische Kundgebung seit mehr als zwei Jahrzehnten. An ihr nahmen nicht nur revolutionäre Arbeiter - unter ihnen zum erstenmal auch ausländische Kollegen mit eigenen Transparenten! - sowie revolutionär gesinnte Studenten und Schüler teil, sondern auch Angehörige sozialdemokratisch geführter und religiös orientierter Organisationen. (Vgl. z.B. das Flugblatt der "Katholischen Arbeiterjugend", das wir in der "roten garde", Nr. 36, S. 10, zitiert haben.) Sie war drittens die ideologisch klarste Manifestation der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte Österreichs seit langer Zeit. Denn sie stand zur Gänze unter den Losungen der Marxisten-Leninisten, vor allem unter der inhaltlich so bedeutsamen Parole "Der Volkskrieg siegt", die wir jahrelang gegen die pazifistischen und Kapitulationsparolen der "K"P-Revisionisten herausgestellt haben, während die moskauhörigen Verräter an der Sache der revolutionären Bewegung bei dieser Demonstration überhaupt kein Gehör fanden. (Siehe dazu den Leserbrief in "rote garde" Nr. 36, S. 9.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Marxisten-Leninisten bei der Demonstration in Wien am 19. Jänner eine führende Rolle gespielt haben. Ähnliches gilt zum Teil auch für die Bundesländer. In Innsbruck demonstrierten 500 Arbeiter und Studenten, wobei auch hier VRA-Aktivisten maßgeblich beteiligt waren. In Vorarlberg war die Vietnam-Kundgebung für einen Zeitpunkt angesetzt worden, zu welchem der US-Imperialismus bereits seine faktische Kapitulation unterzeichnet hatte. So war denn auch die Demonstration nicht mehr zielführend und mußte daher abgesagt werden. Doch während der Vorbereitungen zu ihr hatte sich schon sowohl ein bemerkenswerter Einheitswille der fortschrittlichen Kreise Vorarlbergs - vor allem der Jugendlichen - als auch der wachsende ideologische Einfluß der VRA im "Ländle" gezeigt. Zu Beginn des Jahres 1973 zeigte sich also, daß auch in Österreich ein erfolgreicher Kampf der revolutionären Kräfte möglich und daß eine verstärkte Aktivität der Marxisten-Leninisten - also vor allem unsrer VRA - absolut notwendig ist.

Es ist deshalb kein Wunder, daß seit dem 19. Jänner die bürgerlichen Massenmedien sich gezwungen sehen, von den Marxisten-Leninisten (die sie "Linksextremisten", "Maoisten" usw. nennen) Notiz zu nehmen und gegen ihre Aktionen zu wettern.

Aber: Diese günstige Entwicklung der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in unserem Land - eine Entwicklung, die mit der zunehmenden Erbitterung breitester Massen über die Verteuerung der Lebenshaltung und mit ihrer Enttäuschung über die kapitalistische Politik der Kreisky-Regierung Hand in Hand geht - bringt unvermeidlich auch neue Gefahren mit sich. Einerseits versuchen die "K"P-Revisionisten sowie Trotzkisten und ähnliche scheinlinke Agenten des Kapitals auf den Wogen des Aufschwungs der revolutionären Kräfte zu reiten und in das Fahrwasser der bürgerlichen Politik zu lenken. Andererseits versuchen die bürgerlichen Konkurrenzparteien der SPÖ die Unzufriedenheit der arbeitenden Menschen für reaktionäre Zwecke auszunützen. Die Gemeinderatswahlen in Graz beweisen dies nachdrücklich: Die SPÖ hat ganz beträchtliche Stimmenverluste zu verzeichnen, während ÖVP und FPÖ (im Vergleich zur letzten Nationalratswahl nur die profaschistische FPÖ!) Gewinne buchen können. Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, daß die Werktätigen von einer Scheinopposition - sei es der "K"PÖ, sei es der offenen Reaktionäre und Faschisten - eingefangen und neuerlich betrogen werden!

Daraus ergibt sich, daß die VRA weitaus stärker in die Öffentlichkeit treten muß, um den arbeitenden Menschen die Wahrheit aufzuzeigen und den richtigen Weg zu weisen. Und das ist es eben, was den besonderen Charakter des heurigen 1. Mai bestimmt.

An diesem Ersten Mai werden die Marxisten-Leninisten - zum Schrecken der Kapitalisten und ihrer Handlanger, aber zur Ermutigung aller arbeitenden Menschen - ihre gewachsene Stärke demonstrieren. Vier Jahre hindurch hat die VRA vis-a-vis dem Burgtor revolutionäre Kundgebungen abgehalten. Jedes Jahr drängen sich mehr sozialistische, kommunistische und parteilose Arbeiter vor unseren Schaubildern und Literaturtischen, jedes Jahr nahmen mehr Menschen an unserer Maikundgebung teil. 1972 zählten wir auf unserer Abschlußkundgebung mehr als 400 Teilnehmer. 1973 werden es voraussichtlich zwei- bis dreimal mehr sein.

Ein makaberer Witz:



Die Herren Mörder beschweren sich

Jetzt "reden" sie also, die "Kriegsgefangenen" der USA in Vietnam. Freilich werden nur die reden - und die den Lesern der Boulevardpresse vorgestellt werden -, die skrupellos genug sind, ihre Mördertaten gut zu heißen und das Märchen vom "bösen Kommunismus" als Ausrede gebrauchen wollen für die barbarischen Verbrechen, die sie durchgeführt haben.

Sie berichten von "Folterungen, jahrelanger Einzelhaft, erzwungenen Erklärungen, in denen sie den Krieg in Vietnam verurteilten. Einer der Männer sagte: Nordvietnam handelte, als hätte es nie von der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen gehört ("Kurier").

Das alles ist erlogen und erstunken!

Sie haben jahrelang Millionen Tonnen Sprengstoff, Napalm und alles vernichtende Chemikalien über Vietnam, Laos und Kambodscha abgeworfen. Heute verlangen sie für sich "Menschenrechte", die ihnen angeblich während ihrer Haft in vietnamesischen Gefängnissen vorenthalten wurden. Es gibt keine Worte, in die man die Geisteshaltung, Verlogenheit und Impertinenz kleiden könnte, für den traurigen Mut, den diverse Journalisten und Kommentatoren aufbringen, wenn sie so etwas wiedergeben. Ihrem Wesen nach sind sie die gleichen Verbrecher wie die, die jetzt "reden".

Kinder, Frauen und Greise hat man "üblicherweise" immer als nicht "kriegsbezogen" befunden. Gerade sie waren aber die Opfer jener Leute, die jetzt für millionenschwere Honorare ihre "Stories" den Illustrierten verkaufen werden.

Der verbrecherische Aggressionskrieg der US-Imperialisten gegen die Völker von Indochina hat zuletzt Millionen Menschen in aller Welt den barbarischen Charakter des Kapitalismus vor Augen geführt. Viele haben ihn trotzdem noch nicht durchschaut. Sie mögen jetzt darüber nachdenken, wenn ihnen "rührselige" und "mitleidheischende" Geschichten über die skrupellosesten Mörder aller Zeiten serviert werden. Denn jeder Amerikaner, der als Kriegsgefangener heimgekommen ist und daraus auch noch bare Münze schlagen will, muß eines wissen: er hat tausendfachen Mord auf dem Gewissen, ohne daß er Reue zeigt.

Zweifellos werden wir in den kapitalistischen Ländern des "freien Westens" jetzt gefüttert werden mit Geschichten von "Not" und "Leid" der US-Gefangenen in Vietnam. Dem Normalbürger sollte das aber sehr zu denken geben. Der "Strick" wird schon wieder bei jeder Gelegenheit gefordert.

Die Mörder um des Profits willen sollen aber hochleben. Weil der Imperialismus immer wieder neue Mörder und Opfer braucht.

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Über die automatische Teuerungsabgeltung

Kürzlich fand in der VRA-Gruppe Wien eine Diskussion über den Artikel „Die gelenkte Inflation" in „für die volksmacht" Nr. 71, Februar 1973, statt. Wir bringen daraus den nachstehenden Beitrag. Die Redaktion

In mehreren Ländern Europas, darunter in Italien, Frankreich, Finnland, Belgien und der Schweiz, gibt - bzw. gab - es eine fixe Bindung der Löhne an den Index der Lebenshaltungskosten; teils durch Gesetz, teils durch Kollektivverträge, teils durch betriebliche Abmachungen. Steigt der Index, werden die Löhne automatisch nachgezogen. Wie schaut das in der Praxis aus?

Ein gutes Beispiel ist Italien. Dort werden dank der gesetzlichen "scala mobile" (bewegliche Lohnskala) die vereinbarten Löhne um ebensoviel Prozent erhöht, um wieviel Punkte der Lebenshaltungskostenindex gestiegen ist. Diese Korrektur erfolgt alle drei Monate. (Wohlgemerkt: Die grandiosen Streikkämpfe der italienischen Arbeiter haben daher nicht eine Teuerungsabgeltung zum Ziel, sondern, soweit sie Lohnaufbesserungen bezwecken, eine Angleichung des niedrigeren italienischen Lohnniveaus an das höhere der industriell entwickelteren Länder im EWG-Raum!)

So ist z.B. vom November 1970 bis Oktober 1971 der offizielle Index von rund 165 auf rund 175, d.h. um zehn Punkte gestiegen. (Als Indexbasis wird das Preisniveau des "Warenkorbs" von Mai/Juni 1956 - damals ist die gleitende Lohnskala eingeführt worden - gleich 100 gesetzt.) Dementsprechend erhöhten sich im Jahre 1971 die Löhne - durch viermalige Nachziehung alle drei Monate - um insgesamt zehn Prozent. Für den Zeitraum Februar 1972 bis Jänner 1973 machten die vier automatischen Teuerungsabgeltungen zusammen 13 Prozent aus, weil der Lebenshaltungskostenindex bis Oktober 1972 von 175 auf 188 Punkte hinaufgeklettert war. Die letzte automatische Lohnerhöhung gemäß dieser gesetzlichen Regelung erfolgte mit Wirkung vom 1. Februar 1973. Da in den drei vorangegangenen Monaten (November 1972 bis Jänner 1973) der Index um fünf Punkte, von rund 188 auf rund 193, gestiegen war, wurden zwangsläufig die bis Jänner geltenden Lohnsätze für den Zeitraum Februar-April 1973 um fünf Prozent hinaufgesetzt.

"Das System der indexgebundenen, beweglichen Lohnskala besitzt unzweifelhaft den Vorteil, daß es die Kaufkraft der Arbeitnehmer schützt", muß der Mailänder Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" (11.2.73) zugeben. Doch die Unternehmer heulten auf. Sie hätten allein durch die jüngste automatische Teuerungsabgeltung eine "Mehrbelastung" von 300 Milliarden Lire (= mehr als zehn Milliarden Schilling - d.Red.) "auf sich nehmen" müssen, klagt der Korrespondent des großbürgerlichen Schweizer Blattes. Sie schreien lauthals, daß sie doppelt soviel zahlen müßten, als die faktische Verteuerung der Lebenshaltung ausmache. Denn eine Indexsteigerung von (genau) 187,94 auf 193,15 Punkte ergebe doch lediglich "eine Teuerungsrate von 2,77 Prozent", wogegen die Löhne automatisch um fünf Prozent angehoben wurden. Deshalb fordern die italienischen Kapitalisten eine Änderung des "Warenkorbs" durch Einschränkung des Eigengewichts der Nahrungsmittel. Denn für die Indexsteigerung war, wie der Korrespondent schreibt, vor allem die "Teuerung der Ernährungs- und Bekleidungskosten" bestimmend. Die Unternehmer fordern ferner eine Verlängerung des Ermittlungszeitraums von drei auf sechs Monate. (Das bedeutet eine Verlängerung des Zeitraums, in welchem die durch ständige Preissteigerungen wachsenden Profite den fixierten Löhnen vorauseilen.)



„So sehen Sie doch selbst! Wo soll ich es denn hernehmen?"

Das italienische Beispiel zeigt somit, daß eine automatische Teuerungsabgeltung, wie sie die "Volksmacht" vorgeschlagen hat, den Kapitalisten ein bißchen wehtun kann. Es zeigt aber zugleich, daß die Unternehmer durch Manipulation am Lebenskostenindex (eine solche wird auch bei uns immer wieder versucht!) den von den Arbeitern erkämpften Vorteil zunichtemachen können. In manchen Fällen ist die gleitende Lohnskala gleich so aufgebaut, daß die Werktätigen zum Narren gehalten werden. Eben deshalb forderten die dänischen Arbeiter in ihrem gewaltigen Massenstreik u.a. eine Erhöhung der automatischen Teuerungszulage. In anderen Fällen gelingt es den Unternehmern, diese Errungenschaft der Arbeiter rückgängig zu machen. So wurde z.B. in Finnland die unmittelbar nach Kriegsende eingeführte gleitende Lohnskala vor einigen Jahren wieder abgeschafft.

Es ist eben so, daß unter der Herrschaft der Kapitalisten jeder Kampferfolg nur relativ und zeitweilig ist, daß er weitere gesteigerte Kämpfe der Arbeiter erfordert. Ganz zu schweigen davon, daß sich auch bei größten Teilerfolgen im Kampf um Tagesforderungen am System der Lohnsklaverei nichts ändert.

Trotzdem kann der Kampf für eine automatische Abgeltung des indirekten Lohnraubs, der durch die "gelenkte Inflation" begangen wird, ein wichtiges Mittel sein, um die Massen zu mobilisieren und ihr Klassenbewußtsein zu heben. Es ist doch kein Zufall, daß die Kapitalisten dort, wo die gleitende Lohnskala besteht, gegen sie Sturm laufen, dort aber, wo es sie nicht gibt, sich vergnügt die Hände reiben. So hat z.B. ein führendes Institut des westdeutschen Finanzkapitals, die "Berliner Handelsgesellschaft/Frankfurter Bank", im November des Vorjahres frohlockend festgestellt, daß in der BRD "die Indexbindung der Löhne erfreulicherweise von vornherein unmöglich sei". ("Süddeutsche Zeitung", 3.11.1972)

Sollten da nicht die österreichischen Arbeiter darüber nachdenken, ob sie nicht durch einen einheitlichen Kampf für automatische Teuerungsabgeltung nach dem Muster der italienischen "beweglichen Lohnskala" den Kapitalisten ein wenig die Freude verderben könnten? ●



Diskussionsthema Inflation...

Der Artikel "Die gelenkte Inflation" („Für die Volksmacht", Nr.71) hat in unserem (verstaatlichten) Betrieb unter den Arbeitern, die ihn gelesen haben, eine gewisse Diskussion ausgelöst. Die Arbeiter sagen: "Steuer zahlen muß doch jeder. Woher soll denn der Staat Geld für seine Ausgaben nehmen?" Diesen Kollegen ist eben noch nicht klar, was für einen Staat wir haben, welcher Klasse dieser Staat eigentlich dient. Sonst wäre ihnen ja durchaus verständlich, daß die kapitalistischen Unternehmer für die Ausgaben ihres kapitalistischen Staates selbst aufzukommen haben, nicht aber die Arbeiter, gegen die der ganze Staatsapparat gerichtet ist. Nun, ich verstehe schon: wären meine Kollegen so weit, dann wären alle Arbeiter weiter, oder, anders ausgedrückt, dann wäre ganz Österreich näher zur sozialistischen Revolution.

Die Arbeiter meines Betriebes haben aber auch noch andere Argumente. Ohne das bestehende Gesellschaftssystem anzutasten, dessen Ersetzung durch ein besseres, das sozialistische, sie sich nicht recht vorstellen können, meinen die Kollegen, man müßte doch eine Methode ausfindig machen, nach der die Lohnsteuerprogression in dem Maße geändert wird, in welchem sich durch Erhöhung des Lebenshaltungsindex die Kaufkraft der Löhne ändert. So, wie es jetzt ist, bedeutet es doch faktisch, daß die manuellen Arbeiter "automatisch", einfach durch die arithmetische Progression, beim faktisch gleichbleibenden Realeinkommen manueller Arbeiter (bestenfalls) in eine



Unser Lokal: Wien 20, Universumstraße 40

Diskussionen jeweils am Freitag ab 20 Uhr

Telefon 33 87 774
1205 Wien, Postfach 3

Steuergruppe fallen, die ursprünglich für die Manager, die bürokratischen Kapitalisten, gedacht und ausgerechnet war.

Das ist es, was Ihr, so meine ich, bei den – an sich durchaus richtigen und von keinem meiner Kollegen angefochtenen – Überlegungen wegen einer Änderung des gegenwärtigen Lohnsteuersystems mit seiner schwindelhaften "Steuerprogression", die den Großteil einer jeweiligen Lohnerhöhung auffrißt, berücksichtigen solltet.

A. J., NÖ. ●



...und Lohnsteuer

Ich habe das gelesen, was Eure Zeitung (Februar 1973, Nr.71) über "Lohnsteuer auf Kosten der Unternehmer" schreibt. Alles recht schön und gut. Aber wie schaut das in der Praxis aus? Ich bin z.B. eine Angestellte in einem Betrieb des Baugewerbes. In unserem Gewerbe ist es seit langem (d. h. seit es bei uns an Arbeitskräften mangelt) üblich, ja, mehr noch: unerläßlich, daß die Arbeiter zu einem Nettolohn verpflichtet werden. Sie fragen bei der Aufnahme: "Was krieg' ich netto?" Und der Chef sagt: "28 Schilling pro Stunde." Und so wurde es auch verrechnet. Bis Ende 1972. Dann kam aber die neue Lohnsteuertabelle. Da mußte alles – natürlich auf Grund der Bruttolöhne, von denen ja die Steuer berechnet wird – umgestellt werden. Man begann in unserem Betrieb – was früher nicht gepflogen wurde – Lohnstreifen auszustellen und auszuteilen. Und da kam es zu einem Krawall. Der Arbeiter X fühlte sich gegenüber dem Arbeiter Y benachteiligt. Warum? Früher hatten beide, auf Grund gleicher Qualifikation und gleicher Arbeitsleistung anstandslos den gleichen Lohn von rund S 1.2oo,- wöchentlich bezogen. Jetzt aber bekamen sie einen Lohnstreifen, aus dem ersichtlich war, daß der eine, ledige Arbeiter brutto ca. S 1.7oo,- angerechnet erhielt, sein Kollege aber, ein Familienvater mit drei Kindern bloß S 1.3oo,- (abgerundet).

Das ist, wie mir scheint, ein Widerspruch, den Ihr nicht gesehen habt: Der Nettolohn wird (bei uns, im Baugewerbe) nach der Leistung bemessen, der Steuerabzug jedoch (nach allgemein gültigen Regeln) nach dem Familienstand, also sozusagen nach "sozialen" Gesichtspunkten. Wird die Steuerprogression geändert, dann ebenfalls nach angeblichen "sozialen" Gesichtspunkten. Und gerade dadurch entstehen Konflikte unter den Ausgebeuteten: "Warum verdiene ich brutto weniger als du, bekomme aber ebensoviel wie du netto heraus, obwohl du für niemand außer dir selbst zu sorgen hast?"

Ich glaube, daß die Kapitalisten durch einen Leistungs-Nettolohn und einen "sozial gestaffelten" Steuerabzug vom Bruttolohn die Arbeiter gegeneinander ausspielen wollen. Man kann diese Situation sicherlich nicht mit den sozialistischen Ländern vergleichen (Ihr schreibt von Albanien, meint aber gewiß auch die Volksrepublik China). Will man das Lohnsteuerunrecht, wie es infolge der wachsenden Geldentwertung immer offensichtlicher und spürbar wird, beseitigen, so muß man das ganze kapitalistische Steuersystem umstürzen. Anders kann ich mir das nicht vorstellen.

J. E., Wien

Wir halten diese Argumente unserer Leser für sehr ernstzunehmend. Wir bitten um weitere Meinungsäußerungen, damit wir in dieser Frage zu einer richtigen Stellung gelangen können.

Die Redaktion ●

PUBLIKATIONEN AUS CHINA
IN DEUTSCHER SPRACHE

Das Volk Vietnams wird triumphieren! Die USA-Aggressoren werden geschlagen werden! (Vierte Folge) (Foto-Bildband)	S 3,-
Das Volk Vietnams wird triumphieren! Die USA-Aggressoren werden geschlagen werden! (Fünfte Folge) (Foto-Bildband)	S 3,-
Archäologische Funde im Neuen China (Foto-Bildband)	S 200,-
Mit taktischem Geschick den Tigerberg erobert	S 20,-
Schaoschan (Postkarten)	S 5,-

VRA - 1205 Wien
Postfach 3



DELIKT: RAUBÜBERFALL
BEUTE: 50 000 SCHILLING

KASSE

AHNDUNG:
15 JAHRE





BEUTE: MEHRERE
MILLIARDEN SCHILLING



AHNDUNG:
1 SICHERER SITZ
IM FINANZMINISTERIUM

Der kleine Stromer F. versuchte in einer Großgärtnerei Rosen zu stehlen; er wurde dabei ertappt und vom Gericht zu acht Monaten schweren, verschärften Kerker unbedingt verurteilt. Des kleinen Diebes Mutter, eine verhärmte Arbeiterfrau, rief bei der Urteilsverkündung aus: "Große Betrüger und Wucherer werden freigesprochen und mein Bub bekommt wegen ein paar Rosen acht Monate." Sogar der bürgerliche Gerichtssaalreporter des "Kurier" stellte fest, daß die Frau damit "zweifellos das Rechtsempfinden des Volkes zum Ausdruck brachte". ("Kurier", 16. März). Die "Volksstimme" der "K"PÖ wußte dazu nur das Strafausmaß zu vermelden.

Ich will damit nicht für Diebstähle plädieren, auch nicht für kleine. Aber dieser Fall – ein scheinbar unpolitischer – zeigt in gravierender Weise das Gesicht der österreichischen Klassenjustiz.

A. H., Wien

Österreich – ein Rechtsstaat?

Finanzielle Umweltverschmutzung: Nixon überschwemmt seine „Verbündeten" (und natürlich auch das neutrale Österreich) mit wertlosen Papierdollars.



Währungskrise — Währungsreform

Unter diesem Titel hielt der Leiter der Wirtschaftsredaktion des ORF, Dr. Ernst Werner Nußbaum, am 17. März 1973 in der Jahresversammlung der "Volksbank" in Rankweil einen öffentlich zugänglichen Vortrag. Dieser wurde auch in der Vorarlberger Presse vermerkt. Ich war dabei und möchte darüber berichten, denn das Thema geht doch die Werktätigen ganz Österreichs an, und es ist äußerst wichtig, vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus die Währungskrise der kapitalistischen Welt zu analysieren.

Der Vortragende hielt zuerst einen kurzen geschichtlichen Rückblick und kam dann auf die heutige Situation zu sprechen. Er suchte die Schuld an der Krise überall, nur nicht dort, wo sie wirklich liegt, nämlich in den Widersprüchen des Kapitalismus. Die Milliardenbewegungen von Spekulationsgeldern bezeichnete er als "kaufmännisches Geschick": Ein jeder lege eben dort sein Geld an, "wo er vor Verlusten sicher" zu sein glaubt. Die Volksmeinung ist aber nicht so tolerant und nennt diese Manipulationen schlicht und einfach Betrug.

Warum Betrug? Erstens, weil die Finanztransaktionen, die immer wieder zu einem erneuten Ausbruch der internationalen Währungskrise des westlichen Kapitalismus führen, wirklich den bei den Volksmassen anrüchigen Namen "Spekulation" verdienen. Was geschieht denn? Man setzt (freilich auf dem Ungleichgewicht zwischen den kapitalistischen Staaten hinsichtlich des Ausmaßes der Kaufkraftschrumpfung ihrer jeweiligen Währung beruhende) Gerüchte in Umlauf, daß etwa der Dollar abgewertet und die D-Mark aufgewertet würde. Flugs werden Milliarden "weicher" Dollar in "harte" D-Mark umgewechselt. Wenn sich dann nach einigen Tagen tatsächlich der Wechselkurs entsprechend ändert, beleckt man sich frohlockend die Lippen, denn man kann für die kurz zuvor erworbenen D-Mark nunmehr einen viel höheren Dollarbetrag zurückkaufen! Zweitens, weil es nicht etwa irgendwelche düstere Gestalten unfaßbarer "Spekulanten" sind, die im Handumdrehen solch fette Superprofite einstreichen, sondern eben die multinationalen Großkonzerne, ja sogar die staatlichen Notenbanken selbst, also die "Säulen" des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Drittens, weil ja letzten Endes derartige Börsenoperationen dem ganzen Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems entsprechen, auf seiner Grundlage und im Sinne seiner Gesetzmäßigkeiten vorgenommen werden! Ist doch der einzige Beweggrund der Kapitalisten, Höchstprofite zu erzielen, die bekanntlich allein aus der unbezahlten Arbeit der ausgebeuteten Werktätigen stammen – direkt oder indirekt!

Geben wir aber wieder dem Referenten das Wort. Er gab im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zu, daß die Währungskrise noch lange nicht gebannt ist. An Hand des von ihm vorgelegten Zahlenmaterials konnte sich ein jeder leicht ausrechnen, daß sie sich in Zukunft noch vertiefen und verschärfen wird.

Sehr aufschlußreich ist seine Feststellung, daß der Dollar nun endgültig als "Leitwährung" aufgegeben werden soll. Man erinnere sich: Bis zur Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre wurden die internationalen Zahlungsbilanzen (d.h. die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Staaten aus dem Außenhandel, den Kapitalbewegungen, dem Fremdenverkehr usw.) durch Überweisund des Saldos (d.h. der Differenz zwischen den gesamten Einnahmen und Ausgaben im Verkehr mit anderen Staaten) in Gold gegenseitig ausgeglichen. Das ist auch klar: Im Inland kann ein Staat nach Belieben Papiergeld drucken und es seiner Bevölkerung als gültiges Zahlungsmittel aufzwingen. Im internationalen Verkehr muß aber Ware gegen Ware getauscht werden. Gold ist eine ebensolche Ware wie alle anderen (durch gesellschaftlich notwendige Durchschnittsarbeit erzeugt und wertbestimmt), kann aber seiner besonderen Eigenschaften wegen (Dauerhaftigkeit, leichte Teilbarkeit usw.) stellvertretend für alle Waren wirken. Da sich jedoch die Systemkrise des Weltkapitalismus ungemein verschärft hatte, kamen die kapitalistischen Regierungen 1944 in Bretton Woods überein, in Hinkunft nicht direkt Gold für den Ausgleich der Zahlungsbilanzen zu benützen, sondern an seine Stelle den Dollar zu setzen, der damals durch zwei Drittel des gesamten Goldvorrats der kapitalistischen Welt, die sich in den USA befanden, gedeckt war; unter der Voraussetzung natürlich, daß die US-Regierung jederzeit bereit war, ihr angebotene Dollarnoten gegen das Edelmetall zum fixen Preis von 35 Dollar pro Feinunze Gold umzutauschen. In den letzten zwei Jahren haben die USA wegen der Dollarentwertung zweimal den offiziellen Goldpreis heraufsetzen müssen: zuerst auf 38, dann auf 42.20 Dollar pro Unze. Auf dem inzwischen außerhalb der USA eingerichteten freien Goldmarkt betrug der Preis im März 1973 um 90 Dollar pro Unze!

Im August 1971 hat aber Nixon diesen Umtausch – angeblich "vorübergehend" – eingestellt; denn jetzt haben die USA (nicht zuletzt wegen ihrer Aggressions- und Kriegspolitik) weniger als ein Drittel des gesamten Goldvorrats der kapitalistischen Welt in ihrem Besitz, und die Golddeckung des Dollars beträgt lediglich einen Bruchteil der in der Welt "vagabundierenden" Papierdollar samt der sonstigen amerikanischen Zahlungsverpflichtungen.

Was weiß nun Herr Dr. Nußbaum angesichts dieser Tatsachen weiter zu berichten? Die Bestrebungen der Amerikaner gehen dahin, sagte er, auf das Gold als Währungsdeckung ganz zu verzichten. An seine Stelle (und an Stelle des ehemals goldgedeckten Dollar) sollen die sogenannten "Sonderziehungsrechte" im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) als "Leitwährung" treten. Was aber diese sonderbaren "Sonderziehungsrechte" in Wahrheit sind, das spricht ganz offen die "Süddeutsche Zeitung" (vom 19. 3. 73) aus: Das ist, so schreibt sie, ein "Geld aus der Retorte, das kein Bürger je zu Gesicht bekommen, sondern allein unter Notenbanken umlaufen wird". Und das großbürgerliche Blatt fährt fort: "Machen wir uns nichts vor: Die formelle Goldparität der Sonderziehungsrechte besagt im Grund wenig. Solches <u>Kunstgeld</u> (von der "SZ" unterstrichen – d.Red.), das durch einfachen Buchungsvorgang entsteht, ist praktisch durch Mehrheitsbeschluß der IWF-Mitglieder produzierbar – und damit in seinen inflationären Wirkungen letztlich noch weniger überschaubar als die Dollarproduktion." ("Wir lieferten die Ware, die Amerikaner das Papier" – so charakterisiert die "SZ" ein paar Absätze zuvor die auf andere Länder überwälzte Inflation von Papierdollar!)

Beim offiziellen Wechselkurs von DM 4,- statt des realen Wertes von DM 2,50 für

für die volksmacht

Das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (VRA) erscheint monatlich. Umfang 16 Seiten, Einzelpreis S 3,—, Jahresabonnement S 30,—. Bestellungen an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

einen US-Dollar konnten so jahrelang die Amerikaner in der BRD für 2,5 Millionen DM Sachwerte in Höhe von 40 Millionen DM erwerben, während die Westdeutschen im Dollarbereich 4 Millionen DM für Sachwerte in Höhe von 2,5 Millionen DM ausgeben mußten.

Da haben wir es: Die Festsetzung der Kursverhältnisse dieser neuen "Leitwährung" und die Kontrolle über sie soll einem Gremium von Beauftragten des internationalen Kapitals obliegen. Und das ist der springende Punkt. Denn wenn die US-Imperialisten damit durchdringen, dann ist die internationale Währungsfrage nur mehr eine Angelegenheit von drei oder vier Großstaaten. Dann haben die kleinen und mittleren Staaten aufgehört, mitzubestimmen. Wenn dieses "Papiergold" tatsächlich zur Grundlage des internationalen Zahlungsausgleichs wird, dann werden Staaten, die eine aktive Zahlungsbilanz (also im wirtschaftlichen Verkehr mit dem Ausland insgesamt mehr Einnahmen als Ausgaben) haben, bestraft, indem sie weniger (Wechsel auf künftige Zahlungen) "ziehen" dürfen, während jene Staaten, die eine passive Zahlungsbilanz aufweisen, auf Kosten der übrigen durch vorzugsweise "Ziehungsrechte" (zum "Ausgleich"!) belohnt werden... So bekämen die USA einen Blankoscheck, ihre Multimilliardäre könnten weiterhin unverschämt in Saus und Braus leben, Weltpolizist spielen und nach wie vor - auch in "unserem" Namen - die Welt beunruhigen und provozieren!

Das Edelmetall Gold läßt sich nun einmal nicht manipulieren. Das famose "Papiergold" schon. Dieses ist nichts anderes als ein Fetzen Papier, ein Vertrag, der von den Imperialisten zum eigenen Vorteil mißbraucht würde.

Im großen und ganzen schaut es dann so aus, daß die westlichen Monopole unsere "nationale" Bourgeoisie hereinlegen und diese sich dann an den Arbeitern und den übrigen Werktätigen schadlos hält. Das zeigte sich in dem Beschluß des Finanzministers und der Nationalbank (dem sich nach anfänglicher parteipolitischer Spiegelfechterei alle Parteien und "Sozialpartner" einvernehmlich anschlossen), den Schilling um 2,25 Prozent aufzuwerten. Das ist doch eindeutig ein Entgegenkommen an die westdeutsche Monopolbourgeoisie. Die BRD hat die D-Mark um drei Prozent aufgewertet; da der Schilling nun fast zur Gänze nachgezogen hat, brauchen die westdeutschen Exporteure nicht um ihren österreichischen Markt zu bangen. Und die kleine Differenz dient dazu, die künftigen Preissteigerungen als Auswirkung einer "ausländischen" Entwicklung zu rechtfertigen. Schlägt aber unsere Großbourgeoisie Lärm, weil sie durch die Verteuerung des Schillings gegenüber anderen Währungen größere Konkurrenzschwierigkeiten auf ihren Exportmärkten erwartet, dann springt ihnen der SP-Finanzminister sogleich mit anderthalb Milliarden Steuergeschenken bei. Auf wessen Kosten geht das Ganze? Versteht sich, auf Kosten der arbeitenden Menschen!

Nach der vergangenen Währungskrise - die, wie der Wirtschaftsfachmann des ORF in diesem Vortrag selbst bestätigte, nicht die letzte war - könnten die breiten Volksmassen den Eindruck gewinnen, als wäre ihre manuelle Arbeit Wertschwankungen ausgesetzt. Was sind denn aber die wahren Werte? Das ist ja nur das, was die manuellen Arbeiter tagtäglich produzieren! Ist es nicht gerade diese unumstößliche Wahrheit, auf die sich das Volk zu orientieren hat? Die wahren Werte sind das, was wir arbeitenden Menschen aus unserer eigenen Kraft schaffen! Nicht aber Kurswerte der kapitalistischen Währungen, aus deren Schwankungen die internationale Spekulation Superprofite einheimst!

Die Diskussion nach dem Vortrag des Herrn Dr. Nußbaum zeigte, daß auch bürgerliche Menschen ein großes Unbehagen verspüren. Die Stimmung im Saal konnte nicht gerade als "gelöst" bezeichnet werden. Im Gegenteil. Die Anwesenden hatten das Gefühl, daß gerade nach zwei Weltkriegen das Volk endlich Ruhe und eine Verschnaufpause brauchen könnte. Doch die Währungskrise verunsichert und beunruhigt das Volk noch zusätzlich. Besonders Rentner und Pensionisten fühlen sich angesichts der hemmungslosen Inflation als die Betrogenen.

Für die Proletarier ist das alles sehr lehrreich. Im Frühkapitalismus kürzte der Unternehmer den Lohn mit der Begründung, durch die verbesserte Technik hätten sich ja die Lebenshaltungskosten gesenkt. Doch die Arbeiter setzten sich wirksam zur Wehr. Da kamen sie drauf, den Geldlohn scheinbar sogar zu erhöhen, aber dafür den realen Wert (die Kaufkraft) des Geldes noch stärker zu senken. So glauben sie, uns an der Gurgel packen zu können. Das gilt es zu erkennen und einen konsequenten Kampf für die Beseitigung des ganzen kapitalistischen Ausbeutersystems zu führen!

E. B., Vorarlberg ●

Klassenwidersprüche in einem Notstandsgebiet

Raum Außerfern, Tirol

Freilich, wenn sich wegen brutaler Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen die Gemüter erhitzen, wollen oft reaktionäre Intriganten daran ihr Süppchen kochen. Trotzdem bleibt es Aufgabe Nummer eins für die Marxisten-Leninisten, an konkreten Beispielen die Existenz der Klassenwidersprüche nachzuweisen und somit den Schleier der Heuchelei ("Konsumgesellschaft" usw.) zu zerreißen.

Hier gleich ein paar Beispiele aus dem Raum Außerfern, Tirol:

Im Textilbetrieb Reutte verlangten 2o jugoslawische Gastarbeiter eine Lohnerhöhung um maximal einen Schilling. Das war vor Jahren. Heute beträgt hier der Durchschnittslohn S 17,2o. Was tun? Sie streiken - illegal ("wild") natürlich. Das ist ihr Verhängnis. Sie werden fristlos entlassen, und ab geht's nach Süden, zu Tito - offenbar ein zwischen Jugoslawien und Österreich ausgehandelter Punkt zum Schutz von Unternehmerinteressen...

Weiter: Mit welcher Heimtücke die Textilarbeiter von der Betriebsleitung behandelt werden, beweist die Verpflichtung zur 43-Stunden-Woche. Eine Stunde bekommen sie wohl als Überstunde gerechnet. Doch muß man sie leisten? Offiziell nein. Und trotzdem liegt die Drohung in der Luft, es ja nicht darauf ankommen zu lassen. Wie denn anders?

Das Textilwerk und das Metallwerk "Plansee" zählen zu den einzigen verhältnismäßig größeren Betrieben im effektiv zum Notstandsgebiet erklärten Außerfern. Sie schalten und walten wie absolute Herrscher. Wer von der einen Direktion gefeuert wird, ist zugleich schon Notstandsmensch. Er braucht bei der anderen gar nicht erst anzuklopfen; denn die zwei Firmen arbeiten Hand in Hand!

Dazu kommt, daß auch die "öffentliche Meinung" von den Monopolherren manipuliert wird. Die "Außerferner Nachrichten", eine Informationsquelle ohne Konkurrenz, befindet sich größtenteils - das zu erraten ist nicht schwer - im Besitz der oben mehrfach genannten Firma. Kommentar überflüssig...

Nun noch einmal zurück zum ersten Beispiel, mit dem sich vieles erklären läßt: Im Falle einer Solidarisierung mit den 2o Jugoslawen hätten einige Gewerkschaftsfunktionäre (den Reaktionären gegenüber, versteht sich!) ihr Gesicht verloren. Den Arbeitern wäre jedoch, das steht fest, nichts Nachteiliges passiert. Warum kam's aber nicht zur Anwendung der einzig möglichen Waffe des Proletariats, nämlich der Solidarität? Außer rassistischen Vorurteilen, die bestimmt auch mitspielen, ist vor allem folgendes noch zu bedenken:

Ein Großteil der heimischen Arbeiter ist dank florierender Fremdenverkehrswirtschaft selbst gleichsam "Unternehmer". Der Druck von oben nach unten, weitergeleitet z.B. an Familienangehörige, die das Haus voll Gäste und einen subventionierten Landwirtschaftsbetrieb zu bewältigen haben (beides schafft zusätzliche Arbeitsmühe!), hebt sich scheinbar von selbst auf. Dadurch verwischen sich etwas die Klassenfronten. Sie sind nach wie vor da, nur wird das Schwergewicht der Ausbeutung ein klein wenig verlagert: Die Betriebsarbeiter schaffen natürlich ebenso wie andere Proletarier Mehrwert für die Kapitalisten, aber ihr Klassenbewußtsein wird getrübt, fühlen sie sich doch zugleich als "Unternehmer", weil ihre Angehörigen - oft über ihre Kräfte - mitschuften müssen, damit die Familie irgendwie auf einen "grünen Zweig" kommt.

Die Unternehmer, die zu all den "glücklichen Umständen" auch noch die einzige Informationsquelle des Bezirks als ihr Eigentum betrachten können, wissen eben, wie "Ruhe und Ordnung" am besten funktionieren. Dieses Wissen erlaubt ihnen eine weitgehende Handlungsfreiheit für ihre Klasse.

Derjenige, der, ob Arbeiter oder Bauer, trotz aller Verschleierung die fast unbegrenzten Möglichkeiten erkennt, die dieser Klasse offenstehen, und sieht, wie sein begrenzter Raum als Vergnügungspark, als Lustartikel und Spekulationsobjekt der Kapitalisten mißbraucht wird, der weiß Bescheid.

Es hängt tatsächlich nur von der Masse der arbeitenden Bevölkerung ab, wie lange noch den Ausbeutern Lustartikel und Spekulationsobjekte zur Verfügung stehen.

Die VRA-Genossen werden die Massen anzusprechen wissen, denn ihre Argumente sind richtig! ●